

„Keine Kraft, um sich zu wehren“

In Karlsruhes türkischer Projektpartnerstadt Van fürchten die Bürger Repressionen

Von unserem Mitarbeiter
Ekart Kinkel

In der ostanatolischen Stadt Van hat das Ergebnis des türkischen Verfassungsreferendums nach den Eindrücken von Stefan Struck vom „Arbeitskreis Projektpartnerschaft Karlsruhe – Van“ für Bestürzung gesorgt. „Die derzeitigen Repressionen werden hier höchstwahrscheinlich ungebremst weitergehen und wahrscheinlich noch gesteigert werden“, prognostiziert Struck, der seit dem Referendum am Sonntag in der Millionenmetropole an der türkisch-iranischen Grenze weilt. Er hat sich mit den Unterstützern der Städtepartnerschaft zwischen Karlsruhe und Van über ihre Ängste nach dem „Ja“ zum von Präsident Recep Tayyip Erdogan befürworteten Präsidialsystem unterhalten. „Die Menschen in Van befürchten einen Ausbau der totalitären Strukturen und eine Gleichschaltung von Staat und Regierungspartei“, fasst Struck beim Telefonat mit den BNN den Tenor vieler Einzelgespräche zusammen.

Die Ängste der Erdogan-Gegner bezeichnet Struck als „vollkommen berechtigt“, schließlich habe gerade in Van seit dem Ausrufen des Ausnahmezu-

stands nach dem Putschversuch im vergangenen Juli eine regelrechte Säuberungswelle stattgefunden. „Dabei wurden über 850 Menschen aus dem öffentlichen Dienst entlassen und einige ohne Grund ins Gefängnis gesteckt“, so Struck, „und diese Leute finden wegen des großen Drucks von Seiten der AKP auch keine Anstellung mehr und sind deshalb ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt“.

In der Region stimmten über 57 Prozent mit Nein

In der Region um Van hätten wohl auch deshalb über 57 Prozent der wahlberechtigten Türken gegen die Verfassungsänderung gestimmt. Bei der Wahl selbst seien vor allem die extrem hohen Sicherheitsvorkehrungen ins Auge gefallen, so Struck. Die AKP habe bis zum Schluss die Werbetrömel für ein „Ja“ beim Referendum geschlagen und Erdogan habe in den Wochen vor der Abstimmung noch „Wahlgeschenke“ wie Steuererleichterungen für Unternehmer verteilt. „Das Vertrauen in den Staat ist in der Türkei nicht sehr groß und es gibt ei-

gentlich keinen Sozialstaat“, nennt Struck die Gründe für diese Strategie, und vor allem im Osten der Türkei seien die Großfamilien das soziale Auffangbecken.

Die Verunsicherung sei nach dem Referendum in Van nun regelrecht spürbar, so Struck, doch leider habe sich der öffentliche Diskurs über die Ursachen und Folgen ins Private verlagert. Auch wenn die Oppositionspartei HDP das Wahlergebnis bereits öffentlich anzweifelte, sei bislang noch kein Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft ersichtlich. „Die Menschen in der Türkei haben derzeit keine Kraft, um sich zu wehren“, so Struck, und im Falle des von der Erdogan-Regierung aufgelösten Frauenvereins „Vakad“ fehlten auch die finanziellen Mittel für die juristische Auseinandersetzung mit dem Regime. „Die Türkei wird langsam aber sicher zu einem Land ohne zivilgesellschaftliches Engagement und im Gegenzug wird die AKP immer dominanter“, befürchtet Struck. Deshalb werde er sich nach seiner Rückkehr mit dem Karlsruher Arbeitskreis auch gezielt um die Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wie „Vakad“ in Van kümmern.